

abo+ FINANZEN

Zuger Finanzdirektor: «Ich halte nichts von dieser Idee» – reiche Kantone sollen dem darbedenden Bund finanziell unter die Arme greifen

Eine Motion der Grünen im Nationalrat verlangt eine Anpassung des NFA. Einseitig zulasten der Geberkantone. Darunter auch Zug.

Harry Ziegler

11.06.2024, 12.08 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**

Auf den ersten Blick scheint die Idee von Nationalrat Felix Wettstein (Grüne/SO) logisch: Wer mehr hat, soll mehr geben. Dies, um die Bundesfinanzen ins Lot zu bringen. Wettstein will dazu den Nationalen Finanzausgleich (NFA) anpassen. Er rechnet, dass die ressourcenstarken Kantone mit allfälligen höheren Zahlungen in das freundeidgenössische Werk den Bund um bis zu 800 Millionen Franken jährlich entlasten könnten.

Dem Bund drohen in den nächsten Jahren Defizite in Milliardenhöhe, während einige Kantone satte Gewinne schreiben. Konkret gemeint sind die NFA-Geberkantone Zürich, Schwyz, Nidwalden, Obwalden, Zug, Basel-Stadt, Gené und Appenzell Innerrhoden. Diese haben 2023 Ertragsüberschüsse von gesamthaft gut 2,5 Milliarden Franken ausgewiesen. Warum nicht diese Kantone in die Pflicht nehmen, fragt der grüne Nationalrat.

Mehr in den NFA zahlen



Nationalrat Felix Wettstein (Grüne/SO).

Bild: Anthony Anex/Keystone

Wettstein, dessen Vorstoss nicht nur links, sondern auch in der Mitte sowie bei SVP und FDP Gehör fand, will nun, dass die finanzstarken Kantone mehr in den Finanz- und Lastenausgleich zahlen als aktuell. Konkret bezahlen die Geberkantone momentan das Minimum. Denn in der Bundesverfassung steht in [Artikel 135](#) : «Die Leistungen der ressourcenstarken Kantone betragen mindestens zwei Drittel und höchstens 80 Prozent der Leistungen des Bundes.» Die Motion verlangt nun, dass die Beiträge der ressourcenstarken Kantone auf die

besagten 80 Prozent angehoben werden sollten.

Im Kanton Zug kommt der Vorstoss gar nicht gut an. Heinz Tännler, Zuger

Finanzdirektor, sagt dazu: «Ich halte absolut nichts von dieser Idee.» Er könne rein sachlich betrachtet nicht hinter dem Anliegen stehen. Tännler ist überzeugt: «Der NFA ist ein austariertes, kompliziertes System, für den Nehmer, Geberkantone und Bund händeringend einen letztlich tragfähigen Kompromiss verhandelt haben.»

Und: «Jeder Beteiligte musste einen konstruktiven Beitrag leisten. Es ist ein sensibles, aber in seiner Ganzheit wirksames System, das Stabilität garantiert und sich nicht für politische Tagesexperimente eignet», erklärt Tännler. Diese Stabilität sei extrem wichtig, garantiere sie doch Rechtssicherheit. «Etwas, das der NFA in seiner heutigen Form in hohem Masse tut.»

Wie das Schlachten einer heiligen Kuh

Was sein Zürcher Amtskollege Ernst Stocker gegenüber SRF sagte, kann Tännler voll und ganz unterstützen: «Der Finanzausgleich darf nicht durch politische Schnellschüsse gefährdet werden.» Für Tännler seien derartige Schnellschüsse auf ein funktionierendes und austariertes System wie den NFA wie das unnötige «Schlachten einer heiligen Kuh». Viel eher als die Kantone müsste das Bundesparlament über die Bücher.

Der Bund habe, so Tännler, nämlich gar kein Problem bei den Einnahmen, sondern bei den Ausgaben. Das heisst: «Der Bund muss ausgabenseitig ansetzen, also sparen und verzichten», führt Tännler aus. Aktuell will das Parlament nur Geld ausgeben. Geld, das laut Finanzministerin Karin Keller-Sutter nicht vorhanden ist.



Der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler.
Bild: Urs Flüeler/Keystone

Es sei da relativ einfach und für Bund und Parlament schmerzloser, bei den ressourcenstarken Kantonen Geld einzusammeln, als über die Bücher zu gehen. Tännler räumt ein, dass Sparen schwierig sei, besonders mit Blick auf Parlamentarier, die kaum Hand bieten dürften für unliebsame Einschnitte, die ihre Klientel betreffen könnten.

Der Zuger Finanzdirektor strahlt allerdings auch eine gewisse Gelassenheit aus, was die Forderung aus dem Nationalrat betrifft. Denn der Finanzausgleich lässt sich ohnehin nicht schnell ändern, dafür Sorge alleine schon das Aushandeln der Modalitäten. Und er vertraut auch auf das Gewicht der Kantone im Bundeshaus.